

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»



Ungenügendes Krisenmanagement des Bundes

2

Nein zur Diskriminierung

12

Faktencheck beim Tages-Anzeiger

16



Ein permanenter Bundesführungsstab drängt sich auf

Ungenügendes Krisenmanagement des Bundes

von Stefan Holenstein, Oberst im Generalstab, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG)

Mit grosser Sorge hat die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) in den letzten Monaten die schwächelnde Krisenfähigkeit und das lavierende Krisenmanagement des Bundes beobachtet. Die bisherige Bewältigung der Corona-Krise durch den Bundesrat überzeugt die SOG keineswegs.



Schuld daran sind nicht das angeblich schwerfällige föderale System und der vielgescholtene Kantönligeist, selbst das Zusammenspiel zwischen Bund und Kantonen funktioniert leidlich. Schuld ist vielmehr das Fehlen des einstmals auch international vorbildlichen Risiko- und Krisenmanagements auf nationaler Ebene.

Schweizer Erfolgsmodell – das war einmal

Noch in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts verfügte die Schweiz über ein ausgefeiltes, praxistaugliches und allseits anerkanntes Krisentraining. Basierend auf den bewährten, militärisch geprägten Gesamtverteidigungsübungen profitierte unser Land lange Zeit von systematischen, breit abgestützten und effizienten Führungsprozessen. Lange Zeit hat uns das Ausland um dieses Erfolgsmodell beneiden. Was ist von diesem durchkonzipierten und verlässlichen Krisenmanagement in der anhaltenden Corona-Krise übrig geblieben? Leider nicht mehr allzu viel. Dabei hätte die Schweiz in der Pandemie ein internationales Vorbild sein können. Diese einmalige Chance hat unser Land definitiv verpasst. Wie konnte es so weit kommen?

Stefan Holenstein, 59, Milizoffizier und Oberst im Generalstab, präsidiert seit März 2016 die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG). Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt arbeitete in vielfältigen Führungsfunktionen in der Privatwirtschaft. Heute ist er Partner und Mitinhaber der Interim-Management-Firma aim ag in Zürich.

Missglückte Armeereformen

Seit dem Kalten Krieg und nach zahlreichen, mehrheitlich missglückten Armeereformen hat sich das Schweizer Sicherheitssystem infolge langer Schönwetterperioden fast unbemerkt, aber in der gegenwärtigen Lage schmerzhaft zutage tretend, von den militärischen Führungsprinzipien verabschiedet. Diese haben sich etwa im Wirtschaftsleben als gängige Führungspraxis längst etabliert. In der – grundsätzlich armeenahen – Bundesverwaltung haben militärische Kommandostrukturen und Übungskulturen indes keinen einfachen Stand. Der Bundesrat führt die Schweiz nicht durch die Pandemie, sondern hangelt sich ohne strategisches Konzept quasi von Woche zu Woche durch. Was ist die Ursache?

Führung durch die Verwaltung als eigentliches Malaise

Für alle Augen erkennbar – man beachte die fast schon überbordende Medienpräsenz – liegt das Krisenmanagement in der aktuellen Pandemie schweremwichtig bei den zivilen Departementen. Diese werden gewiss von vielen hervorragenden und fähigen Fachleuten geführt. Sie sind jedoch wenig gewohnt und kaum darin geschult, akute



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWSt.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCoTex AG – 041 799 50 00



Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter



Bösigger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch

50-Jahr-Jubiläum



Krisensituationen zu bewältigen und, wenn es angezeigt ist, Risiken für unkonventionelle Lösungen einzugehen. Es fehlt schlicht das Verständnis für systematische, ganzheitliche und belastbare Führungstätigkeiten. Organisations- sowie departemental übergreifende Stabs- und Projektstrukturen gelten weder als prioritär noch attraktiv. Der in der ausserordentlichen Lage einberufene Krisenstab Corona des Bundesrats stellte lediglich ein Koordinationsgremium dar. Das reicht bei weitem nicht. Eine Reform und eine Entkrampfung sind dringend.

Eine der Wurzeln dieser mangelhaften Krisenstruktur auf Bundesebene ist darauf zurückzuführen, dass heute in der Verwaltung kaum jemand eine konsequente Führungsausbildung, wie es die Offizierslaufbahn anbietet, genossen hat oder über das nötige Sensorium für umfassende Lagebeurteilungen und systematische Führungsprozesse in Krisenlagen verfügt. Die SOG redet nicht der Militarisierung von Politik und Verwaltung das Wort. Vielmehr erwartet sie von einer Führungskompetenz, dass im Ernstfall zivile und militärische Ressourcen einander möglichst gut ergänzen, dieselben Führungswerkzeuge und -abläufe verwendet, die wichtigsten Schnittstellen festgelegt werden und dass die gleiche Sprache benutzt wird. Davon sind wir weit entfernt.

Dringende Modernisierung der Übungs- und Führungskultur
Der Weg hin zu einem professionelleren Krisenmanagement auf Stufe Bund führt über schlanke und

LACHEN VERBOTEN!

Die Lehrerin fragt ihre 9. Klasse: «Wer von euch ist ein Greta-Fan?» Alle heben die Hand bis auf die nette, kluge Lisa. Da fragt die Lehrerin: «Wieso bist du kein Greta-Fan?» «Mein Papa ist ein AfD-Anhänger, und meine Mutter auch, und deshalb sympathisiere ich auch mit der AfD.» Darauf meint die Lehrerin: «Aha. Und wenn deine Eltern Idioten wären, wärst du dann auch eine Idiotin?» Lisa: «Nein, dann wäre ich ein Greta-Fan.»



transparente Strukturen. Sie sind nicht einmal neu zu erfinden, sie entsprechen dem historischen Selbstverständnis der Schweiz für eine qualitativ hochstehende Krisenbewältigung. Man wird deshalb nicht darum herumkommen, ein starkes, zentrales und im Voraus definiertes Organ zur Krisenbewältigung auf Stufe Bund zu installieren, etwa einen Bundesführungsstab, der als interdisziplinäres Lage- und Sicherheitszentrum Schweiz fungiert. Die Mitglieder des permanenten Kernstabs erfüllten feste Aufgaben in den Departementen. Dieser behielte die Übersicht, hielt die Fäden in der Hand und koordinierte die für eine Krise relevanten Abläufe. Natürlich müsste er regelmässig beübt werden. Der Bund hat hierfür ein professionel-

Fortsetzung auf Seite 5

Der EU-«Rottweiler» in Aktion

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

les Ausbildungs- und Übungskonzept auszuarbeiten, unter Einbezug einer alle drei bis vier Jahre stattfindenden nationalen Gesamtübung für Bund, Kantone und Stäbe. Die Aufarbeitung des Krisenmanagements hat auch bei der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) anzusetzen, um die Mängel zu beseitigen und die Prozesse zielführend zu verbessern. Das Augenmerk gilt aber auch der Digitalisierung als Basis eines modernen Krisenmanagements.

Armee mit staatspolitisch wichtiger Klammerfunktion

Ein besseres, für die Schweiz adäquates Krisenmanagement zur Bewältigung komplexer, künftiger Bedrohungen ist zwar keine Lappalie, aber auch keine unüberwindbare Meisterleistung. Gefragt ist in erster Linie der Antrieb aller, in einer Krise besser und zu Spitzenleistungen fähig zu sein. Hierfür müsste sich die Bundesverwaltung endlich einem ungezwungenen, gelasseneren Umgang mit der Armee und den sicherheitspolitischen Organen öffnen. Es ist stossend, dass bei der Erarbeitung von Varianten für die Gesamtbeurteilung einer Krisenlage nicht häufiger von den eindrücklichen Ressourcen der Armee Gebrauch gemacht wird.

Das VBS und die Armeeführung andererseits dürften in Krisenlagen angesichts der erbrachten Leistungen und Erfahrungen durchaus selbstbewusster auftreten. Es darf keine Berührungängste zwischen den einzelnen Departementen und namentlich zum VBS geben. Etwas neidvoll blicken wir auf das Beispiel Israel, das uns – wenn auch nicht eins zu eins auf die Schweiz anwendbar – vor Augen führt, wie die sicherheitspolitischen Primärtugenden und die Nutzung der militärischen Führungskompetenz für die Krisenbewältigung erfolgreich zunutze gemacht werden. Für die Schweiz muss eine einheitliche, zentrale Krisen- und Führungsstruktur das Ziel sein – und eine rasche Rückkehr zum einstmals bewährten Erfolgsmodell einer hochkompetenten Krisenbewältigung. Das ist für ein erfolgsverwöhntes Land wie die Schweiz weiss Gott nicht zu viel verlangt!

Stefan Holenstein



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
 Inserate-Akquise
 SVP-Delegierter
 AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Falschmünzerei



Ein Gespenst geht um – zumindest in jenen Ländern, die gemeinhin dem Westen zugeordnet werden: Aus Amerika mehren sich die Anzeichen, dass die Inflation, die spürbare Entwertung des Geldes um sich greife. Der Schweiz werden umgehend Beruhigungs-Beschwörungen zuteil: Die Teuerung treffe nur andere Länder, die Schweiz sei nicht gefährdet...

Das mag stimmen, wenn der Blick allein auf den sogenannten Warenkorb fixiert bleibt – auf jene Auswahl von Gütern und Dienstleistungen, die unter ständiger, statistisch ausgewiesener Preisveränderungs-Beobachtung stehen.

Der Bereich Liegenschaftenbesitz und Mieten gehört allerdings ebenso wenig zu diesem Warenkorb wie Börsenbewegungen. Bereiche, welche die Inflation am deutlichsten sichtbar werden lassen.

Wer vor rund fünfzig Jahren eine auf Lebenszeit gedachte Gemeinschaft, eine Ehe einging, der alsbald zwei, drei oder gar vier Kinder entsprossen, der war mit einem Durchschnittseinkommen und landesüblicher Ausgabendisziplin innert rund zehn Jahren zum Erwerb eigenen Wohnraums in der Lage. Angesichts der Teuerung, die seit Jahren den Liegenschaftenmarkt prägt, ist solche Lebensperspektive heute schlicht unerreichbar. Deshalb findet Sparen mit Ziel «Erwerb eigenen Wohnraums» kaum mehr statt. Sparfreie LAP-Existenzen, pro Lebensabschnitt wechselnde, immer auf Sofortkonsum ausgerichtete Partnerschaften ohne jeglichen Sparvorsatz dominieren zusehends.

Und die Börse boomt selbst im Corona-Krisenjahr.

Wie entstehen solche Entwicklungen? Weil Staatsbankrotte – davon wären, würden Marktkräfte noch gelten, nebst zahlreichen Euro-Staaten auch die USA bedroht – politisch verhindert werden mittels laufenden Geld-Druckens in Milliardenhöhe, werden seit Jahren insgesamt Billionen durch die US- und die EU-Notenbanken buchstäblich in die Welt geschleudert, ohne dass zusätzliche Warenproduktion die Geldlawinen absorbieren könnte. Diese Billionen lassen die Liegenschaftsmärkte, die Börsen, den Kunstmarkt, den Oldtimermarkt, Boni- und Fussballgötter-Exzesse regelrecht explodieren – während der Kleinsparer durch politisch durchgesetzte Zinsnullungspolitik skrupellos ausgenommen wird.

Wer behauptet, Inflation bedrohe die Schweiz nicht, ist ein durchtriebener politischer Falschmünzer.

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

BEAUTIFUL FAST CARS

NEW JAGUAR F-PACE PLUG-IN HYBRID



Spüren Sie im neuen Jaguar F-PACE Plug-in Hybrid die Zukunft! Mit der doppelten Power eines modernen Verbrenners und eines innovativen Elektromotors sowie dem preisgekrönten Pivi Pro Infotainment-System erreichen Sie ein noch nie dagewesenes Level an Komfort und Fahrfreude in einem SUV.

Jetzt Probe fahren!



emilfrey.ch



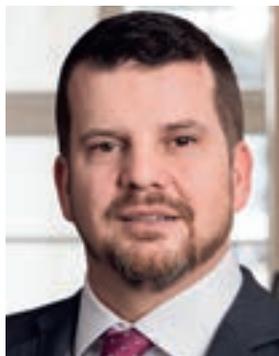
F-PACE P400e PHEV, Automatikgetriebe, 2.0 l, 404 PS (297 kW), Gesamtverbrauch: 2.6/100 km, CO₂-Emissionen 58 g/km. Energieeffizienz-Kategorie: B.

Kriminalstatistik 2020

Jede Minute eine Straftat

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In der Schweiz wird durchschnittlich jede Minute eine Straftat begangen – und mehr als jeder 20. Einwohner wird jedes Jahr Opfer einer solchen Tat.



Im Jahr 2020 wurden 421'678 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB), 68'000 gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) und 32'784 gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) erfasst. Dazu Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz, welche der Bund nicht erhebt. Das sind deutlich mehr als 500'000

Delikte, was bedeutet, dass in jeder Minute des Jahres ein Einwohner Opfer einer Straftat wird.

Weniger Kriminalität «dank» COVID

Im Vergleich zum Jahr 2019 ist die Anzahl der verzeigten Straftaten gegen die drei erwähnten Gesetze um zwischen zwei bis etwa zehn Prozente gesunken, was auf die Einschränkungen auf Grund der Covid-19-Massnahmen zurückzuführen ist. Im Jahr 2020 ist dagegen die Anzahl der beschuldigten Personen auf 83'318 gestiegen, und die Erhöhung ist dabei mehrheitlich auf Minderjährige zurückzuführen. Über 10'000 oder acht Prozent mehr Minderjährige wurden 2020 verzeigt. Unverändert hoch (trotz Masseneinbürgerung) ist der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen mit 39,2 Prozent.

Weniger, aber härtere Kriminalität

Dramatisch ist der Anstieg der schweren Gewaltstraftaten. 2020 wurden 1'668 schwere Gewaltstraftaten verzeigt – 8,2 Prozent mehr als 2019. Der Steigerung ist insbesondere auf die Zunahme der Tötungsdelikte, der Vergewaltigungen und der schweren Körperverletzung (zum Teil plus 22 Prozent) zurückzuführen. Auf Grund von Corona wurde im zwar öffentlichen Bereich ein Rückgang der Gewaltstraftaten registriert. Im privaten Bereich stieg die Gewalt hingegen um satte elf Prozent. 59,6 Prozent der Tötungsdelikte wurden im häuslichen Bereich verübt. Eine Zunahme ist auch bei den Sexualstraftaten zu finden: plus 6,4 Prozent. Immerhin: 2020 wurden 96,4 Prozent der Tötungsdelikte aufgeklärt. Die Zahl ist so hoch, weil die Tötungsdelikte häufig im privaten Bereich begangen wurden.

Sexualstraftäter sind überproportional Ausländer

Im Bereich des Strafgesetzbuches (also im Bereich der «gröberen» Kriminalität) ist der Anteil der Nichtschweizer mit exakt 50 Prozent ausserordentlich hoch. Interessant sind auch die «Migrationsdelikte»: Diese neue Art von Kriminalität wird immer noch sehr wenig verfolgt: So wurde im Jahr 2020 nur einmal die Verstümmelung weiblicher Genitalien gemäss Art. 124 StGB verzeigt. Seit Einführung der expliziten Strafnorm im Juli 2012 ist das erst der zweite Fall. Es wird vermutet, dass ausser in seltenen Einzelfällen weder von Betroffenen noch von Dritten Genitalverstümmelungen an die Polizei getragen werden und die Straftat nicht oder kaum angezeigt wird. Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass Genitalverstümmelungen «aus Mitleid» von Schweizer Ärzten durchgeführt werden. Beweise gibt es allerdings keine. Jedenfalls ist man sich einig, dass es eine sehr hohe Dunkelziffer gibt.

Alle sechs Jahre

Rechnet man die anfangs erwähnten über 500'000 Delikte auf die 8,5 Millionen Einwohner um bedeutet das, dass im Schnitt von hundert Menschen jeder 17. das Opfer krimineller Machenschaften wird, und das jedes Jahr. Nach weniger als sechs Jahren ist also bei gleichbleibender Kriminalität statistisch die ganze Schweiz Opfer geworden. Alle sechs Jahre, wohlverstanden.

Hermann Lei

Churz & Bündig

«Mundart macht dumm», lesen wir im Magazin der NZZ am Sonntag (NZZaS, 20. Juni 2021). Heisst das, dass das Mundart-versessene Schweizer Radio seine Hörerschaft zur Dummheit umerzieht?

*

Die Sonntags-Zeitung heizt die Stimmung an: Würde den Forderungen von Klima-Aktivisten nicht entsprochen, drohten diese mit der vollständigen Lahmlegung der Stadt Zürich. «Vergessen» hat der zuständige Sonntags-Zeitung-Redaktor, dass in solchem Fall die Drahtzieher und aktiven Mitläufer solchen Tuns vollumfänglich haftbar gemacht werden können für all den Schaden, den korrekte Bürgerinnen und Bürger ob des demokratiezerstörenden Gehabes dieser Aktivisten erlitten hatten. Solche Konfrontation mit Tatsachen könnte wohl selbst in den Gehirnen von Klima-Aktivisten der Vernunft zum Durchbruch verhelfen. Knüller-süchtige Journalisten erachten dies indessen nicht des Feststellens wert.

us



Leserbriefe

Wir haben noch kein Meinungsmonopol

Die CO₂-Abgabe wäre ein reines Umverteilungs-gesetz gewesen, das dem Mittelstand geschadet hätte. Die Behauptung, wir könnten mit Geld das Klima ändern, halte ich für eine arrogante Überheblichkeit. Um das Klima wirklich zu ändern, müssten wir die ganze Globalisierung infrage stellen. Und ich denke, das ist genau das, was die Klimabewegung letztlich will: Es geht nicht um das Klima, sondern um eine Systemänderung – bis hin zum Sozialismus mit Hilfe des Klimaklamauks.

Andreas Ungricht, ehem. Grossrat, Basel

Nein zur Kohäsionsmilliarde

Bekanntlich will Bundesbern eine weitere Kohäsionsmilliarde an die EU zahlen. Die Zahlungen wurden vorübergehend ausgesetzt, weil Brüssel wegen der Nicht-Unterzeichnung des Rahmenvertrags die sogenannte Börsenäquivalenz aufgehoben und das Forschungsprojekt «Horizon» torpediert hat. Die Kohäsionsmilliarde wieder zu zahlen, würde ein Nachgeben gegenüber der EU bedeuten, was dort sofort als Schwäche interpretiert würde. Ursprünglich waren diese Gelder als Unterstützung für die ärmsten ehemaligen Sowjetländer in Osteuropa gedacht. Heute wird argumentiert, dies sei der Preis für den Schweizer Zugang zum EU-Binnenmarkt. Ein Unsinn sondergleichen! Wenn schon, müsste uns die EU Gelder für den «Marktzugang Schweiz» zahlen, denn wir importieren mehr Güter aus der EU als wir dorthin exportieren.

Hans Steffen, Eglisau ZH

Klimabewegung vor Gericht: kein Notstand!

Endlich hat das Bundesgericht der Verteidigungsstrategie «Klima warm – Dreck vor Bank– Klima kühl» ein Ende gesetzt. Mit dieser Vorgehensweise können künftig nicht mehr Legionen von Anwälten ihre Honoraransprüche geltend machen.

Alex Schneider, Küttigen AG

Beeindruckende Antisemitismus-Analyse

Ulrich Schlüer hat in der «Schweizerzeit» Nr. 11/2021 eine beeindruckende Analyse über den importierten muslimischen Antisemitismus veröffentlicht. Als ich mich seinerzeit gegen die Holocaust-Erpressung des Schweizer Finanzplatzes durch die Spitze des Jüdischen Weltkongresses (WJC) zur Wehr setzte, schlug die Holocaust-Antisemitismus-Keule zu. Es waren Ulrich Schlüer und Rolf Bloch (Präsident des Israelitischen Gemeindebundes), die mich gegen diese unsäglichen Vorwürfe verteidigten.

Die Beilegung der Auseinandersetzung um die nachrichtenlosen Vermögen vor rund zwanzig Jahren bedarf indes noch ergänzender Informationen: Der damalige Staatssekretär Eizenstat wurde von der Administration Clinton zur Unterstützung des WJC

angesetzt, um den erfolgreichen Schweizer Finanzplatz anzugreifen. Am 5. Januar 1998, anlässlich der 150-Jahr-Feier unseres Bundesstaates in Winterthur, erklärte US-Aussenminister Colin Powell, die Schweiz sei während des Zweiten Weltkrieges nicht, wie böswillig behauptet, wegen der Banken frei geblieben. Vielmehr seien 700'000 Wehrmänner unter Waffen gestanden, und rund 300'000 Internierte und Flüchtlinge hätten hier Schutz gefunden. Im Gegensatz zu andern europäischen Staaten, welche die Juden den Nazis ausgeliefert hätten, habe die Schweiz tausende von Juden gerettet. Und keiner dieser Staaten habe irgendwelche Reparationszahlungen geleistet. Die Schweizer Banken hätten zudem gemäss internationalem Recht nach fünfzig Jahren namenlose Konten aufgehoben (Zitat Ende).

Dennoch liessen sich grosse Schweizer Banken erpressen, um ihre US-Investmentgeschäfte weiter betreiben zu können. Später sind die damaligen Protagonisten des JWC – wie Rabbi Singer, Fagan, Hevesi, D'Amato – wegen Vermögensdelikten im Zusammenhang mit den Holocaustgeldern verurteilt worden. Der einseitige, fragwürdige Bergier-Bericht hat die Steuerzahler in der Folge über zwanzig Millionen Franken gekostet. Und noch immer sind linke Historiker daran, die Fakten ideologisch zu vernebeln. Tatsache ist: Wer sich einmal erpressen lässt, wird immer wieder erpresst. In der Folge haben Schweizer Banken weitere Milliardenbeträge an die USA bezahlt, und unser Bankkundengeheimnis wurde verwässert und aufgelöst. Umso mehr können wir der Aktivdienstgeneration für ihre Standhaftigkeit und ihre Leistungen nicht genug dankbar sein.

Roger E. Schärer, Trin Mulin GR

Der Staat als Anfixer von Jugendlichen?

In der Rubrik «Stichworte zur Tagesaktualität» («Schweizerzeit», Nr. 12/21) findet sich ein Beitrag mit dem Titel «Kinder-Missbrauch». Beanstandet wird u.a., «dass sich 10-Jährige ohne elterliche Einwilligung impfen lassen können». Ich teile diese Kritik. Es kommt mir vor, als würde sich der Staat bei Corona wie ein Anfixer verhalten. Wenn wir, ohne wirkliche Auseinandersetzung in den Tagesmedien, zwischen-

Wohnung gesucht ...

Pensionierte Lehrerin
sucht 3-Zimmer-Wohnung (mit Lift)
in Binningen / BL

» 061 421 28 62

» ursula@rippert.ch

zeitlich bereits akzeptiert haben, dass die Corona-Impfungen in kurzen Intervallen erneuert werden müssen (jährlich und bald noch häufiger?), ist das Interesse offensichtlich gross an «Abhängigen», um nicht von «Süchtigen» zu sprechen.

Karl Güntzel, Kantonsrat, St. Gallen

Des Kaisers neue Kleider

Im Sitzungszimmer des Gemeindehauses von Oberwil-Lieli steht seit meiner Amtszeit als Gemeindeammann genau die von Hans Fehr (in der «Schweizerzeit» Nr. 11/2021, S. 25) beschriebene Figur aus dem Märchen «Des Kaisers neue Kleider» von Hans Christian Andersen. Wir fragten uns bei manchem uns unterbreiteten Geschäft, ob es wirklich so gut und schön sei, wie man es uns schmackhaft zu machen versuchte. Und gerade auch dank dieser Figur – welche im Übrigen der Gemeindeammann und nicht der Steuerzahler bezahlt hat – kamen viele gute Entscheide zustande.

Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli AG



KKS wird von den falschen Leuten beraten. Die Dame lehnt die sogenannte Präventivhaft für Dschihad-Rückkehrer grundsätzlich ab, da diese mit dem Rechtsstaat und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar sei. Spätestens bei Eröffnung des Strafverfahrens sind die «Schutzbedürftigen» nicht mehr auffindbar und leben dann illegal hier. Das kümmert die Dame auf der linken Schiggi-Miggi-Wolke nicht. Dafür kontrolliert im «Rechtsstaat» die Hermandad das «korrekte Maskentragen» im Zug, und wer in der Bäckerei am Kaffeeautomaten einen Kaffee sprudeln lässt und diesen an der Wärme trinkt, wird kräftig gebüsst. So geschehen in der Februar-Kälte. Ein «Arbeitsbürger» ist jetzt «Wutbürger». Das Mass ist voll! Zurück zur Normalität! Die Maske ist zum Dogma und zum Symbol der Anpassung und Unterordnung geworden. Diese Fragen bzw. Bemerkungen sind vom BAG und dem Bundesrat bis anhin nicht beantwortet worden.

Tis Hagmann

BE Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

**Negativzinsen!
Und jetzt?**

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelrainstrasse 15 | CH-8302 Kloten
T +41 (0)44 815 59 01 | benno@ehrenspergerpartner.ch



Nein zum CO₂-Gesetz

Ein guter Entscheid

Dank enormer, konzentrierter, sorgfältig koordinierter Anstrengung ist es gelungen, das KMU-feindliche CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 zu bodigen. SOS KMU hat dazu nach Kräften beigetragen.

Das nunmehr abgelehnte CO₂-Gesetz war keineswegs ein Klimaschutz-Gesetz.

Das Klimaschutz-Anliegen diente dem Departement Sommaruga vielmehr als Tarnung für ein einschneidendes Umverteilungsvorhaben auf dem Buckel insbesondere der KMU-Wirtschaft und der Konsumenten zugunsten vielerlei vor allem ideologisch motivierter Organisationen von Klima-Aktivisten.

Das Nein zum CO₂-Gesetz hat jetzt jenem absichtlich vage umschriebenen «Klimafonds» den Todesstoss versetzt, dem mit gesetzlich dekretierten Zusatzabgaben insgesamt Milliarden hätten zugeführt werden sollen.

Mit dem Nein zum CO₂-Gesetz ist jetzt auch klar, dass das Schweizervolk, also der Souverän die Schweizer Klimapolitik bestimmt – nicht eine von Funktionären und Klima-Aktivisten beschlossene Pariser Klimakonvention, der jegliche demokratische Legitimation fehlt.

Nicht Heerscharen staatlich besoldeter Funktionäre, wohl aber Hausbesitzer, Konsumenten, Automobilisten, Nahrungsmittelproduzenten und tausende Betriebe setzen seit Jahren Ressourcen schonende und Energie sparende Massnahmen um, die Techniker in Industrie und Bauwesen immer weiter perfektionieren. Dieser marktorientierte Umwelt- und Klimaschutz hat mit der Ablehnung des CO₂-Umverteilungsgesetzes seine eindruckliche Bestätigung erfahren.

SOS KMU



Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Die FEE-Consult AG ist eines der führenden und erfahrensten Qualitäts- und Prozessmanagement-Unternehmen der Schweiz. Als Basis dient die bewährte F.E.E.®-Methode und unsere eigenentwickelte Software winF.E.E.®, die wir über ein spezialisiertes Netzwerk von erfahrenen Partnern vermarkten.

Diese Partner sind nach den neusten Erkenntnissen ausgebildet und stehen im regelmässigen Austausch untereinander. Deshalb sind sie die idealen Begleiter sowohl für die Einführung als auch für die weitere Betreuung und Entwicklung der Kunden.

Zur Verstärkung unseres F.E.E.®-Partnernetzwerkes suchen wir **selbständige Berater für Qualitäts- und Organisationsmanagement**.

Sie bringen mit

- Umfassende Führungserfahrung
- Hohe Leistungsbereitschaft
- Ausgezeichnete Kommunikations- und zwischenmenschliche Fähigkeiten
- Intaktes B2B Beziehungsnetzwerk in beliebigen Branchen
- Bereitschaft, zeitlich, mental und finanziell in ihre Selbständigkeit zu investieren

Wir bieten Ihnen

- Intensive, praxisorientierte Einarbeitung
- Professionelle Unterstützung mit regelmässigem Austausch und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Einzigartige, innovative Lösung, die bereits bei über 500 Unternehmen erfolgreich eingesetzt wird
- Bewährtes Franchise-System
- Seit 25 Jahren gewachsenes Netzwerk

Interessiert?

Möchten Sie den Schritt in die Selbständigkeit nicht allein gehen, dann treten Sie mit uns in Kontakt. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, mit einer soliden Basis zu starten. Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Senden Sie uns Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen.

Direkte Anfragen an Herrn Paul Burch,
Geschäftsführer und Verwaltungsratspräsident
der FEE-Consult AG, +41 (0)44 751 80 20

Weitere Informationen

<https://fee-consult.ch/qualitaetsmanagement/franchise-partner/>



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
buero.p@fee-consult.ch



Schweiz: Islamisten bekämpfen Islamisten



Winterthur Ende Mai 2021: Eine polizeiliche Spezialeinheit stürmt nachts eine Wohnung an der Römerstrasse und sprengt die Türe auf. Die Zürcher Staatsanwaltschaft 1 hatte den Einsatz ausgelöst, um sich zum Bandenkrieg zwischen Radikal-Islamisten und vorwiegend albanischen Moslems Klarheit zu verschaffen.

Islamistisch radikalisierte Gruppen beider Seiten bekämpfen sich auf Schweizer Boden und schaffen so Verhältnisse, wie sie in den Herkunftsländern tristen Alltag bedeuten. Dabei setzen sie auf pure Gewalt. Ihr Antrieb: Glühender Hass auf jene, welche nicht ihrer Religionsgruppe angehören. Auch Imame spielen bei der Radikalisierung eine wesentliche Rolle.

Die Frage stellt sich: Woher stammt das Geld für den Aktivismus, der ja finanziert werden muss? Gemäss dem Botschafter der Emirate in Bern, Mohamed Sultan Alhamsi, erhält z.B. allein die Zürcher Moschee an der Rötelstrasse jährlich 200'000 Franken und zwar aus – Abu Dhabi! Ähnliches Bild im Rest der Schweiz: Der Halbmond prangt in den Glarner Alpen, steht im beschaulichen Ostschweizer Wil, in Frauenfeld, Biel, Basel

– und eine Gemeinschaft aus Albanern, Kosovaren und Mazedoniern nennt sich stolz und offiziell «Schaffhauser Muslime». Es dominieren hierzulande die Sunniten mit 80 Prozent, gefolgt von 10 Prozent Aleviten und 7 Prozent Schiiten, und viele sind sich spinnefeind.

Was bewegt nun die souveräne Schweiz zuzulassen, dass fanatisierte Glaubensanhänger fremder Nation ihren «Heiligen Krieg» der religiösen Zugehörigkeit auf unserem Boden austragen unter Einsatz von Gewalt? Nur *ein* europäisches Land gibt energisch Gegensteuer: Dänemark. Es verbietet aktuell die (Fremd-)Finanzierung von Moscheen, um von dort ausgehende Radikalisierungstendenzen zu unterbinden. Das neue Gesetz zielt nämlich auf Hassprediger in den Moscheen. Integrationsminister Mattias Tesfaye: «Finanzstarke Kräfte, meist aus dem Nahen Osten, fördern die Moscheen zum Teil mit Millionenbeträgen und stärken so antidemokratische Kräfte im Land. Dänemark stoppt nun diese Entwicklung mit dem neuem Gesetz.»

Eine beeindruckend nüchterne Logik – und sehr nachahmenswert!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

«Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 11. Juni 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

<<DIE WENDEHÄLSE BRINGEN ES IN DER POLITIK OFFENBAR AM WEITESTEN; ZUMINDEST INS PRÄSIDIUM EINER STAATSTRAGENDEN PARTEI.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Petra Gössi, FDP-Präsidentin
- B Nationalrat Gregor Rutz, SVP ZH
- C alt Nationalrat Luzi Stamm, SVP AG
- D alt Nationalrat Toni Brunner, ehemaliger SVP-Präsident

Die richtige Lösung lautet:

- C alt Nationalrat Luzi Stamm, SVP AG

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.



Petra Gössi geht. Kaum hat sie den Rücktritt bekanntgegeben, wissen die Medien auch schon, wer (angeblich) in den Startlöchern steht. Peinlich. Der Zeit entsprechend muss es wieder eine Frau sein. Frau Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher soll es richten. Sie hat sich jüngst als besonders «Burkafreundlich» gezeigt und sich für die «so friedlichen Muslime» in der Schweiz eingesetzt. Selbst in der FDP herrscht mehrheitlich Kopfschütteln und Stirnerunzeln. Kurz: Frau Vincenz als Parteipräsidentin – sie würde den «Laden» endgültig an die Wand fahren.

Tis Hagmann



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Aus Liebe zur Schweiz

Nein zur Diskriminierung

von Nicolas A. Rimoldi und Carla Wicki, Co-Präsidium MASS-VOLL!

Menschen weltweit streben nach den Werten, für welche die Schweiz symbolisch steht: Freiheit, Gleichberechtigung und direkte Demokratie. Das Volk wäre hier eigentlich der Chef. Doch mit dem Covid-19-Gesetz wird die Schweizer Eigenart existenziell bedroht. Die Werte der Schweiz, die viele von uns noch immer als selbstverständlich erachten, sind in Gefahr.



Am 13. Juni 2021 hat die Stimmbevölkerung das Covid-19-Gesetz angenommen. Haben Menschen, welche nie für ihre Freiheit kämpfen mussten und sie folglich nicht mehr zu schätzen wissen, sie nun aufgegeben? Hat das Schweizer Stimmvolk gar die Demokratie selbst verraten? Sind die Tage einer freien Schweiz gezählt, und folgt nun eine diskriminierende Zweiklassengesellschaft, wie man sie sonst nur aus finsternen Kapiteln der Geschichtsbücher kennt? Nichts dergleichen ist derzeit Realität. Denn wir haben noch eine letzte Chance, die Schweizer Werte für künftige Generationen zu bewahren – mit dem zweiten Covid-19-Referendum.

Dieses richtet sich gegen die Zweiklassengesellschaft. Diesmal sind die Finanzhilfen nicht betroffen. Halten wir fest: Die Abstimmungsbroschüre für den 13. Juni enthielt nicht alle Artikel des Covid-19-Gesetzes, obwohl wir mittelbar auch über diese abgestimmt haben. Damit hat der Bundesrat geltendes Recht verletzt, denn das «Büchlein» müsste den Stimmbürger vollumfänglich informieren. Das war nicht der Fall.

Des Weiteren warnten die Befürworter, dass die im Gesetz enthaltenen finanziellen Hilfen nicht fliessen würden, sollte das Stimmvolk Nein stimmen. Auch das entspricht nicht der Wahrheit. Es wäre ein Leichtes gewesen, die Finanzhilfen rechtzeitig in ein separates Gesetz überzuführen. Die Bevölkerung wurde in die Irre geführt. Ebenso stand im «Büchlein», es gehe nicht um «das Impfen». Fakt ist: Der Impfnachweis ist Bestandteil des Covid-Gesetzes. Unter diesen Umständen sind die fast 40 Prozent Nein-Stimmen am

13. Juni als historischer Achtungserfolg der Bürgerrechtsbewegung zu werten.

Referendum gegen Verschärfungen

Das zweite Referendum richtet sich konkret gegen folgende Verschärfungen im Covid-19-Gesetz:

Art. 1a Kriterien und Richtwerte

«Der Bundesrat legt die Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens fest.»

Alain Berset verneinte in der SRF-Arena vom 28. Mai, diesen Artikel zu kennen. Dabei war der Artikel damals schon längst in Kraft. Anhand dieses Artikels kann der Bundesrat in Eigenregie über sämtliche Bereiche unseres Lebens bestimmen. Eine solche Generalermächtigung widerspricht den rechtsstaatlichen Prinzipien der Schweiz in fundamentaler Weise.

Art. 3 Abs. 7 Buchstabe a, Massnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung,

verlangt ein «umfassendes, wirksames und digitales Contact-Tracing»

Das Contact Tracing sollte jedoch, so wurde es anfangs versprochen, freiwillig sein und bleiben. Jetzt wurde aber die gesetzliche Grundlage geschaffen, jeden Bürger auf Schritt und Tritt zu überwachen. Das wäre das Ende unserer Privatsphäre.

Art. 3a Geimpfte Personen

«Personen, die mit einem Covid-19-Impfstoff geimpft sind [...], wird keine Quarantäne auferlegt.»

Art. 6a Impf-, Test- und Genesungs-Nachweise

«Der Bundesrat legt die Anforderungen an den Nachweis einer Covid-19-Impfung, einer Covid-19-Genesung oder eines Covid-19-Testergebnisses fest.»

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Gendergerechte Pause

Die Lehrpersonen sitzen immer vereint im Lehrpersonenzimmer. Die Schülerpersonen aber schätzen die Freiheit auf den Pausenplätzen.

Mithilfe dieser beiden Artikel werden Menschen, die sich nicht vom Staat als «gesund» zertifizieren lassen wollen, aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Das ist schlicht inakzeptabel. Es darf keinen Zwang geben, sich testen oder gar impfen lassen zu müssen. Diese Entscheidungen müssen wieder freiwillig sein – denn: Grundrechte müssen bedingungslos für alle gelten, ob man gesund ist, respektive vom Staat als «gesund» erklärt wird, oder nicht. Das Covid-19-Gesetz zwingt uns zu einer permanenten Gesundheits-Beweispflicht. Ein unsertifiziertes «Gesund» existiert nicht mehr. Wer die Nachweispflicht verweigert, gilt als kranker Gefährder. Das ist nicht rechtens.

Körperliche Unversehrtheit angetastet

Mit dem Covid-19-Gesetz werden uns Rechte und Freiheiten entzogen, und das insbesondere im Bereich unserer körperlichen Unversehrtheit, die unantastbar sein muss. Eine solche Diskriminierung erfüllt klar die Definition einer Zweiklassengesellschaft. Des Weiteren besitzt das Zertifikat keinen medizinischen Nutzen, was diverse US-Bundesstaaten erkannt und deshalb derartige Covid-Nachweise verboten haben. Das Covid-Zertifikat

spaltet unsere Gesellschaft. Wir lehnen eine Diskriminierung von Menschen ohne Zertifikat rigoros ab.

Zweiklassengesellschaft ja oder nein?

Das zweite Referendum stellt dem Stimmbürger also in allererster Linie die Frage, ob er eine Zweiklassengesellschaft möchte. Wir sind überzeugt, dass nichts den Schweizer Werten fremder ist. Wir haben nun eine letzte Chance, diese verfassungswidrige Diskriminierung an der Urne zu versenken und die Schweiz in eine freiere Zukunft zu führen, die direkte Demokratie, unsere Grundrechte und den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Nicolas A. Rimoldi und Carla Wicki

Bitte füllen Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen aus und senden Sie ihn umgehend ein. Das ist unsere Verantwortung, aus Liebe zur Schweiz.

Die Jugendbewegung MASS-VOLL! fordert eine konstruktive, sachliche und zukunftsorientierte Corona-Politik ein. Wir fördern den friedlichen Diskurs und setzen uns für die Anliegen, Ängste und Nöte der Jugend ein. Denn das Mass ist voll!

Den Bogen überspannt



Von der wichtigsten Abstimmung des Jahres – ja sogar der Legislatur 2019/2023 – wurde gesprochen. Die Rede ist vom CO₂-Gesetz. Bundesrätin Simonetta Sommaruga machte sich gleich selbst zur vordersten Abstimmungskämpferin. Bewundernd hielt die «Schweizer Illustrierte» fest: «Simonetta Sommaruga auf Tour de Suisse für das Klima». Auch das moralinsaure

Diskreditieren der Gegnerschaft liess die SP-Bundesrätin nicht aus: «Wenn das CO₂-Gesetz abgelehnt wird, gewinnt einzig die Erdöllobby», dozierte sie im Nachrichtenportal «watson». Sekundiert wurde Sommaruga von allerlei Wissenschaftlern, die mittlerweile den Greta-Narrativ verinnerlicht haben und das Dasein als akademische Popstars zu geniessen scheinen. «Wir dürfen keine Zeit verlieren», warnte etwa Klimaphysiker Reto Knutti.

Dann kam der 13. Juni 2021: 52 Prozent der Stimmbürger und 80 Prozent der Kantone versenkten die Vorlage. Bundesbern hatte die Klimarechnung ohne das Volk gemacht. Den Gegnern geholfen hat die hohe Stimmbeteiligung, jedoch anders als in früheren Abstimmungen nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Der ländliche Raum hat sein politisches Gewicht eindrücklich unter Beweis gestellt.

Unzensuriert

Das allein erklärt aber das Ergebnis nicht. Die schlichte Erkenntnis aus der Abstimmung lautet: Bundesrat und Parlament haben den Bogen überspannt. Nach dem Wahlsieg grüner Parteien 2019, den lauten Klimastreiks und dem Ja zur Energiestrategie 2050 wurden die Politiker übermütig. Forderungen nach höheren Benzinpreisen, zusätzlichen Auflagen für Hauseigentümer und noch mehr Subventionen für grüne Energiebranchen sind nicht neu, mit dem Label «Klimaschutz» schienen sie aber plötzlich mehrheitsfähig. Gespiessen wurde der grüne Übermut dadurch, dass namhafte bürgerliche Politiker wie FDP-Frontfrau Petra Gössi auf den Klima-Zug aufsprangen.

Vor diesem Hintergrund ist die Abstimmung vom 13. Juni 2021 heilsam klärend: Grüne Programme bleiben trotz der Sitzgewinne im Parlament Forderungen politischer Minderheiten. Die Mehrheit des Volkes goutiert keine überladenen Klima-Vorlagen und erst recht keine Klima-Besserwisser, die in der Stadt leben mit Trams im 10-Minutentakt und von der Landbevölkerung weniger Autofahrten verlangen.

Klimaschutz muss, soll er politisch mehrheitsfähig sein, Rücksicht auf die Menschen nehmen, von denen man Verzicht verlangt. Und Klimaschutz muss pragmatisch werden: Eine Beschränkung des Beschwerderechts der Umweltverbände gegen klimaschonende Wasser- und Windkraftprojekte wäre ein erster Schritt.

Patrick Freudiger

Frauenpower ja ...

... aber nicht so!

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Schon lange müssen wir uns die Verlautbarungen der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg anhören.



Sie leidet unter dem Asperger-Syndrom, einer Entwicklungsstörung, bei welcher «Inselbegabungen» symptomatisch sind. Bei einem ihrer Auftritte hat sie die Aussage gemacht, wonach wegen der Klimaerwärmung die gesamte Menschheit in Panik geraten sollte.

Jetzt ist es nicht gerade zielfördernd, wenn eine mit wissenschaftlich strittigen Ursachen behaftete Problematik im Zustand einer Panikattacke gelöst werden sollte. Die Jünger von Greta Thunberg haben ihre Krankheit mit der Inselbegabung stets positiv hervorgehoben, weil sie sich dadurch ausschliesslich auf die Klimafrage fokussiere und sonst durch nichts abgelenkt werde. Das galt aber offenbar nur bis vor ein paar Wochen. Nachdem die radikalislamische Palästinenserorganisation Hamas vom Gaza-Streifen aus wahllos Ziele in Israel bombardierte hatte, mutierte Greta offenbar zur Expertin in Fragen des Nahostkonflikts. Ob Ihre Zustimmung für die Terroranschläge gegen Israel nun anstelle der Klimapanik erfolgt ist, oder ob beides zusammen funktioniert, kann nicht abschliessend beurteilt werden: Wir hätten es im letzteren Fall mit einer Form des Asperger-Syndroms mit nicht nur einer, sondern sogar mit zwei Inselbegabungen zu tun. Ob noch weitere folgen?

Wir lassen uns überraschen, wobei aktuell ein Zielkonflikt ziemlich offensichtlich ist. Gemäss israelischer Zählung wurden im jüngsten Nahostkonflikt von Gaza aus insgesamt 3'150 Boden-Boden-Raketen in Richtung Israel abgefeuert, wobei unzählige davon als Friendly fire auf dem eigenen Territorium detonierten. Bei den Raketen handelt es sich um Kassam-Raketen der Marke Eigenbau, in Anlehnung an die Kassam-Brigaden, den militärischen Flügel der Hamas.

Greta Thunberg hätte vor ihrem Pro-Palästina-Bückling etwas Zeit für eine Recherche im Internet investieren und schliesslich eine einfache Dreisatzrechnung durchführen sollen. Die Treibstoffmischung einer Kassam-Rakete besteht aus Zucker und Kaliumnitrat, und der Sprengkopf enthält zwischen fünf bis zwölf Kilogramm synthetischen Sprengstoff TNT, was bei der Gesamtmenge der abgeschossenen Raketen grob gerechnet etwa 30'000 Kilogramm Sprengstoff ergibt. Ohne den Treibstoff zu berücksichtigen, setzten die in Richtung Israel abgefeuerten Raketen rund 29'000 Kilogramm CO₂ frei. Da muss also die Zuneigung der

Klimajünger zur Hamas gross und der Hass auf Israel beträchtlich sein, um diese Menge an freigesetztem CO₂ als vernachlässigbaren Kollateralschaden abzuhaken.

Auch die deutsche Kapitänin Carola Rackete, welche mit ihrem Schiff «Sea-Watch 3» direkt vor der Küste Libyens Migranten aus dem Meer fischte und mit diesen nach einer langen Irrfahrt und entgegen den Anweisungen der Küstenwache in Lampedusa anlegte, äussert sich immer wieder zu Klimafragen. In einem Interview forderte sie die Aufnahme einer halben Million Klimaflüchtlinge. Und auf die Frage einer Journalistin, ob sie Verständnis für Menschen habe, welche dies ablehnen, antwortete sie mit einem schnöden «Nee, eigentlich nicht». Auch an anderer Stelle forderte sie die bedingungslose Aufnahme von Klimaflüchtlingen, wobei sie offenbar nicht weiss oder nicht wissen will, dass gemäss Genfer Flüchtlingskonvention das Klima keinen Flüchtlingsstatus begründet. Völlig krass war auch ihre Feststellung, dass sie auf lange Sicht auf keinen Fall in Deutschland leben wolle, da es zu viele Menschen auf zu engem Raum gebe. Frau Rackete fordert also uneingeschränkte Zuwanderung und verlangt dafür von ihren Landsleuten kritiklose Zustimmung, während sie selbst eine Auswanderung in ein dünner besiedeltes Land ins Auge fasst.

Frauenpower ja – aber auf diese Art von Inkonsequenz und Heuchelei können wir alle gut und gerne verzichten – echte Powerfrauen sowieso.

Markus Melzl



Verluderung der öffentlichen Finanzen

Mindeststeuern

von Dr. h. c. Beat Kappeler, Ökonom und Buchautor, Hinterkappelen BE

Die Verluderung der öffentlichen Finanzen nach der Zeit des (römischen Kaisers) Augustus hat ihre Parallele in den meisten südlichen Mitgliedsländern der EU und Frankreich, Belgien sowie in den USA heute. Die fiskalischen Engpässe, die TINA-Politiker («There is no alternative») damals wie heute schaffen, anstatt Reformen zu unternehmen, sind letztlich reine Völkergefängnisse: Es gibt keine schmerzfreien Stabilisierungen mehr, ausser immer mehr Steuern, immer mehr Staatsschulden und Staatszugriffe, oder immer mehr Geldschöpfung, oder mehr von all dem.

Damit die Politiker diese Steuern erheben können und der Wegzug der Bürger versperrt ist, verfolgen EU und OECD überall nach oben harmonisierte Mindeststeuern. Die Währung Roms verluderte, sie inflationierte parallel zur fiskalischen Verluderung, denn die staatlichen Defizite wurden durch Geldprägung zu decken versucht – wie es die Europäische Zentralbank (EZB) seit 2012 macht.

Die Römische Republik verfiel, weil die ausdrücklichen oder stillschweigenden Regeln des politischen Handelns Stück um Stück missachtet wurden. Mit dem Bruch des Beihilfe-Verbots im Lissaboner Vertrag (Art. 125), mit den mannigfaltigen Übertretungen der EZB-Satzungen, der Maastricht-Kriterien für die Defizite hat die EU diesen Weg der Regelbrüche bereits eingeschlagen. Die Vorherrschaft der Regierungen – und der Parteizentralen dahinter – über die Parlamente bricht nun seit Jahrzehnten schon die ursprüngliche Abmachung der Gewaltenteilung.

Schliesslich gehörte auch ein auf einer Wertehierarchie gründendes Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen

Das kürzlich im NZZ/Schwabe-Verlag erschienene Buch

Der Superstaat

von Beat Kappeler ist aus unserer Sicht der beste Wegweiser zur Einsicht, dass das zentralistische EU-Konstrukt unvereinbar ist mit der Eigenständigkeit und Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Der Publizist Beat Kappeler hat der «Schweizerzeit» das Recht eingeräumt, in unregelmässiger Folge sechs wesentliche, kurze Ausschnitte aus seinem Buch zu veröffentlichen. Wem an Durchblick zum Verhältnis Schweiz/EU gelegen ist, dem sind Kauf und Lektüre dieses Buches wärmstens zu empfehlen.

Beachten Sie den Bestelltalon auf Seite 23 der heutigen «Schweizerzeit»

Völkern zum damaligen Rom so wie heute der Hochmut der EU und der USA gegenüber anderen Ländern (Russland, China, Türkei). Damit aber versteht man die Aussenwelt nicht mehr. Gleichzeitig wurden damals immer mehr private Lebensäusserungen vorgegeschrieben; Kinderlosigkeit, Junggesellentum, sexuelle Praktiken, Kleidersitten; so wie heute viele private Meinungsäusserungen als grober Rassismus, Sexismus, Nationalismus verschrien, ja sogar gerichtlich geahndet werden.

(Auszug aus: Beat Kappeler «Der Superstaat» NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, S. 100 f.)



Das Büro Ha deckt auf!



Nach 40 Jahren Forschung gibt es keinen anerkannten Impfstoff gegen AIDS, nach 100 Jahren Forschung gibt es keinen Impfstoff gegen Krebs. Aber gegen ein «Virus», das plötzlich ausbricht, gibt es innerhalb von sechs Monaten einen Impfstoff und diejenigen, die diesen «Impfstoff» in Frage stellen oder kritisch beurteilen, werden als hirnlose Verschwörer hingestellt!

*

Die Maske ist zum Dogma und zum Symbol der Anpassung und Unterordnung geworden. Die folgenden Fragen bzw. Bemerkungen sind vom BAG und dem Bundesrat bis anhin nicht beantwortet worden:

- Welches sind die wissenschaftlich-medizinischen Grundlagen oder Studien, die beweisen, dass Maskentragen sinnvoll ist oder eine «angebrachte Sicherheitsmassnahme» darstellen?
- Warum wird den «Folgeschäden» des Maskentragens keine Beachtung geschenkt?
- Weshalb wird gegen «Abweichler» unter den Medizinern mit äusserster Härte vorgegangen, Berufsverbote verhängt und sogar deren Arztpraxen geschlossen?
- Weshalb soll das Tragen einer Maske im Freien und im Auto (allein) irgendwelchen Nutzen bringen? Da die «Ansteckungen» angeblich mehrheitlich in Innenräumen stattfinden?

Tis Hagmann

«Und auf den Schützen springt der Pfeil zurück.» (Wilhelm Tell, 3. Aufzug, 3. Szene)

Faktencheck beim Tages-Anzeiger

von Thomas Matter, Nationalrat, Unternehmer, Meilen ZH

Nach den «Arena»-Sendungen macht der «Tages-Anzeiger» oft einen so genannten Fakten-Check. Meistens kommt dieser natürlich so heraus, dass die Linken sich an die Wahrheit halten, während die Rechten angeblich fast nur Mist erzählen. Machen wir heute einmal einen Fakten-Check über einen «Tages-Anzeiger»-Artikel. Nachstehend mein Kommentar.



«Keine Argumente, lediglich Polemik», titelt der «Tages-Anzeiger» einen ganzseitigen Verriss über ein Abstimmungs-Video der SVP zum CO₂-Gesetz.

Das Video hat sich so erfolgreich verbreitet, dass es dem «Tagi» als Wortführer der Verteuerung von Benzin, Heizöl, Wohnen und Fliegen offenbar unwohl wurde.

Als Experten befragte der «Tagi» den Werber Pius Walker, der von Kunden wie Amnesty International, Max Havelaar und weiteren Gutmenschen-Agenturen bezahlt wird. Zu einem Fakten-Check, wie ihn der «Tages-Anzeiger» so gerne macht, gehört eigentlich die Information, dass Pius Walker die Kampagne der SP Zürich und der SP Schweiz mit einem grossen «Ja» gestaltet hat. Es ist wohl klar, dass ein linker SP-Werber mit linken Kunden die Kampagne der SVP nicht gut findet.

Polemik?

Das kritisierte SVP-Video zeigt eine Diskussion zwischen Vater und Sohn. Weil der Vater die Linken gewählt und das CO₂-Gesetz unterstützt hat, fehlt der Familie jetzt der Strom, die Energie zum Heizen und zum Duschen, das Geld zum Fliegen und zum Autofahren – und der Vater hat den Job verloren. Der SP-Werber Pius Walker behauptet: «Polemik zieht sich durch die Kommunikation der Rechten.»

Fakten-Check: Und die Kommunikation der Linken? Sind Schlagwörter wie «Rentenklaus» oder «Reichensteuer» keine Polemik?

Fakten-Check: Ist die SP-Parole «Für Menschen statt Profite» keine Polemik? «Die Idee ist immer dieselbe: Angstmacherei», ärgert sich der SP-Werber Pius Walker.

Fakten-Check: Die linken Parolen über Erderhitzung, Klima-Weltuntergang und Naturkatastrophen haben selbstverständlich null und nichts mit Angstmacherei zu tun.

1,4 Millionen oder 45'000 Aufrufe?

Dann behauptet der «Tages-Anzeiger», das Video «Wahlkampf: Der Film» von 2019 habe nur 45'000 Aufrufe gehabt und sei ein «Flop» gewesen. Machen wir kurz einen Fakten-Check: Tatsächlich ist das Video – zusammengezählt mit sämtlichen Episoden – auf fast 1,4 Millionen Aufrufe gekommen – allein auf Youtube. Gesamthaft inkl. Facebook und Instagram waren es über 3,5 Millionen Aufrufe.

Das Musik-Video «Welcome to SVP» von 2015 habe auf Youtube unterdessen eine Million Views, schreibt der «Tagi». Fakten-Check: Die Zahl ist fast korrekt, es sind 1,1 Millionen. Was aber verschwiegen wird: Wenn man als Journalist vorher schon von «Flop» redet, war das doch ein enormer Erfolg für ein politisches Video.

Thomas Matter («aus den Sümpfen von Bern»)

PAMAG
Metallbau



- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Industrie-Zerstörung

Erst wenn es den Firmen an den Kragen geht, erwachen die Manager vom wohlfühligen Mitschwimmen im Mainstream. Jetzt meldet sich sogar Herr Brudermüller, CEO der BASF, der bislang eher dadurch aufgefallen ist, dass er auf grünen Parteitagen das grüne Hohelied gesungen hat. Nun kommt auch er zum Ergebnis, dass der Ersatz fossiler Rohstoffe zu einer Vervielfachung des Strombedarfs führen wird. «Für unseren Standort Ludwigshafen wird er sich verdreifachen.» Zur Erinnerung: Die BASF in Ludwigshafen verbraucht schon heute eine Strommenge wie Dänemark.

Als die Kernenergie stillgelegt wurde, schwiegen die Manager; als die Stromindustrie auseinandergenommen wurde, kam kein Protest; als die Automobilindustrie ihrer Grundlagen beraubt wurde, ebenso Schweigen. Nun geht es um die Chemie und die Petrochemie, den Kern jeder Industriegesellschaft. Die deutsche chemische Industrie ist die grösste in Europa und liegt weltweit hinter China, USA und Japan an der vierten Stelle. 464'000 Arbeitsplätze gibt es hierzulande in 2'000 Unternehmen der Chemieindustrie, mit Zulieferern eine Million hochwertige Arbeitsplätze.

(Mai-Bericht zur Lage an der Klimafront, Achgut, 04.06.2021)

Differenz

Pro Soldat steht ein Verpflegungskredit von Fr. 8.65 pro Tag zur Verfügung. Für 3 Mahlzeiten und 2 «Zwipf» – Zwischenmahlzeiten (Jause). Der «nicht-eingeladene Gast» in der Staatsunterkunft, der sog. Schutzbedürftige, erhält einen Verpflegungskredit von Fr. 22.65 pro Tag. Allerdings sind davon noch Toilettenartikel selbst zu berappen. Der zwangsverpflichtete Milizsoldat leistet einen Beitrag für das Land – die anderen nicht. Deshalb sind sie ja auch nicht da. Nicht vergessen: von uns erwartet man die solidarische Zwangsabgabe (Steuern). Pünktlich. Vollständig und im Bücklings-Freudengesang.

(Tis Hagmann, Büro Ha, 17.06.2021)

Kohäsionsmilliarde

Der Bundesrat will nach dem Verhandlungsabbruch gut Wetter in Brüssel machen und die freiwillige Zahlung der sogenannten Kohäsionsmilliarde an die EU in eine zwingende Marktzutritts-Prämie umwandeln. Die SVP lehnt dies entschieden ab: kein Land der Welt bezahlt solche Prämien. Zudem wäre die Schweiz bald mit ähnlichen Forderungen anderer Länder konfrontiert.

(SVP Schweiz, 04.06.2021)

1. August: Jetzt Flagge zeigen!

Auf jedes Haus gehört eine Schweizerfahne!



Top in Qualität und Preis!

Qualitativ hochwertige Fahnen aus bestem Spunpolyester Stoff, auch Schiffsflaggentuch genannt. Sehr widerstandsfähig und langlebig.

Ja, ich bestelle:

- ___ Ex. Schweizerfahne **1 x 1** Meter à Fr. **54.-**
- ___ Ex. Schweizerfahne **1.2 x 1.2** Meter à Fr. **57.-**
- ___ Ex. Schweizerfahne **1.5 x 1.5** Meter à Fr. **59.-**

Inkl. MwSt. und Versand.

Verpackung, Versand und Fakturierung durch Patriot.ch

Bitte gut lesbar ausfüllen:

Vorname _____
 Name _____
 Strasse _____
 PLZ / Ort _____
 Tel _____
 Mail _____

Bitte Talon einsenden an:

Schweizerzeit, Postfach 54
 8416 Flaach
 Mail: info@schweizerzeit.ch
 Fax: 052 301 31 03

Einsendeschluss: Mittwoch, 14. Juli 2021

In Zusammenarbeit mit



Sommernacht

(oder: Sozialhilfe einst)

Es wallt das Korn weit in die Runde
Und wie ein Meer dehnt es sich aus;
Doch liegt auf seinem stillen Grunde
Nicht Seegewürm noch anderer Graus;
Da träumen Blumen nur von Kränzen
Und trinken der Gestirne Schein,
O goldnes Meer, Dein friedlich Glänzen
Saugt meine Seele gierig ein!



In meiner Heimat grünen Talen,
Da herrscht ein alter schöner Brauch:
Wann hell die Sommersterne strahlen,
Der Glühwurm schimmert durch den Strauch,
Dann geht ein Flüstern und ein Winken,
Das sich dem Ährenfelde naht,
Da geht ein nächtlich Silberblinken
Von Sichel durch die goldne Saat.

Das sind die Bursche jung und wacker,
Die sammeln sich im Feld zuhauf
Und suchen den gereiften Acker
Der Witwe oder Waise auf,
Die keines Vaters, keiner Brüder
Die keines Knechtes Hülfe weiss –
Ihr schneiden sie den Segen nieder,
Die reinste Lust ziert ihren Fleiss.

Schon sind die Garben festgebunden
Und rasch in einen Ring gebracht;
Wie lieblich flohn die kurzen Stunden,
Es war ein Spiel in kühler Nacht!
Nun wird geschwärmt und hell gesungen
Im Garbenkreis, bis Morgenluft
Die nimmermüden braunen Jungen
Zur eignen schweren Arbeit ruft.

Gottfried Keller (1819–1890)

Jahresplan einer Bäuerin in den 1930er Jahren

hf. In der «Schweizerzeit» Nr. 11/2021 habe ich aus dem kürzlich aufgefundenen Heft «Haushaltungskunde» meiner Mutter Berta Fehr-Meyer (1915-2001) aus Rüdlingen SH den «Arbeits-Tagesplan einer Bäuerin» publiziert. Während ihres Haushaltungskurses im Winter 1934/35 an der landwirtschaftlichen Schule Charlottenfels in Neuhausen am Rheinflall hat sie zudem einen detaillierten Arbeitsplan für das ganze Jahr verfasst, der nachstehend in gekürzter Form erscheint und als «gute Arbeit» mit Note 6 gewürdigt wurde.

Woche	Arbeit	Woche	Arbeit
1, 2, 3	Flickarbeit, Waschen, Bügeln	30, 31	Weizen- u. Haferernte, Emden u. Rübli hacken
4	Strümpfe u. Pullover stricken	32, 33	Frühobsternte, Herbstblumen pflanzen
5	Kleider umändern, flicken	34, 35	Sellerie häufeln, hie und das Nötigste flicken
6	Fastnachtsküchlein backen, Maulwurfshaufen zerstören (ausebnen)	36	Aussaats Wintersalat, Spinat, Knoblauch, Zwiebeln
8, 9	Reben abdecken u. schneiden	37	Waschen, bügeln, flicken, Reben schorpen
11, 12	Reben bögeln und anbinden, Garten umgraben, Bohnen setzen	38, 39	Obst- und Traubenernte
13, 14	Wiesen abrechnen, Frühkartoffeln legen, Kopfsalat säen	40, 41	Kartoffelernte, Rüben und Runkeln ausgraben
15	Ostereier färben, Ackerfurchen verhacken (bei Unkraut)	43	Räben ernte, ausreissen und vom Kraut befreien
19, 20	Frühjahrsreinigung, Betten und Kleider sonnen	45, 46, 47	Reben legen und decken, Vorfenster einhängen
21, 22	Heuen	49	Herbstreinigung
23	Reben aufbinden, Kartoffeln hacken, Aussaat Gurken, Kürbis, Bohnen	50	Weihnachtskonfekt backen
25, 26	Erbsen u. Kirschen pflücken, Vergissmeinnicht u. Astern pflanzen	51, 52	Flick- und Näharbeiten für die Weihnachtsbescherung, Anhören von Vorträgen, Neujahrswecken backen
27, 28	Roggen u. Gerste ernten		
29	Waschen, flicken, jäten		

Verstärkung für die Schweizerzeit

Michael Trachsel



Am kommenden 1. November 2021 nimmt Michael Trachsel seine Arbeit bei der Schweizerzeit auf. Als «politischer Projektleiter» übernimmt er die Verantwortung für die Kampagnen, welche der Schweizerzeit nebst ihren publizistischen Aufgaben in zunehmendem Mass übertragen werden.

Michael Trachsel ist 1980 geboren. Er ist verheiratet. Das Ehepaar Andrina und Michael Trachsel hat drei Kinder im Vorschul- und Schulalter. Seine berufliche Laufbahn begann der in Mönchaltorf/ZH aufgewachsene Michael Trachsel in einem auf Hochpräzisions-Messinstrumente spezialisierten Betrieb mit einer Lehre als Elektroniker mit berufsbegleitender technischer Berufsmatur. Während dreizehn Jahren arbeitete er sich nach der Lehre in einem KMU-Betrieb

(Bereich technische Sicherheit) vom Servicetechniker zum Betriebsleiter empor.

Michael Trachsel blickt bereits auf eine eindruckliche militärische Milizlaufbahn zurück. Nach Rekrutenschule, Unteroffiziersschule und Offiziersschule als Grenadier kommandierte er von 2009 bis 2011 eine Grenadier-Aufklärungskompanie. 2014 erfolgte die Beförderung zum Major. 2017/18 absolvierte er die Ausbildung zum Generalstabsoffizier und wird auf Anfang 2022 Kommandant eines Bataillons.

Politisch ist Michael Trachsel Mitglied im SVP-Bezirksvorstand Andelfingen. Auf kantonaler Parteiebene vertritt er die Funktion als Präsident der Spezialkommission Justiz, Polizei und Militär. In seiner Wohngemeinde Feuerthalen stellt er seine Qualitäten als Mitglied des Gemeinderates unter Beweis. In seiner Freizeit betreibt Michael Trachsel leidenschaftlich Ausdauersport.

Aus gemeinsamer Tätigkeit im Bezirksvorstand der SVP Andelfingen habe ich die Fähigkeiten von Michael Trachsel als Leiter mehrerer Kampagnen (Wahlkampagnen, Kampagnenleitung für die Zürcher SVP im Abstimmungskampf Begrenzungs-Initiative) kennen und schätzen gelernt.

Ich freue mich auf gute, effiziente, zielausgerichtete Zusammenarbeit mit Michael Trachsel.

Ulrich Schlüer

Missratenes CO₂-Gesetz bricht grüne Welle

Hinter feindlichen Linien



Im Schweizer Politbetrieb geschieht selten Historisches. Das EWR-Nein und die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative waren solche Momente. Und am 13. Juni durften wir wiederum einen politischen Höhepunkt erleben: Die Schweiz sagt NEIN zum missratenen CO₂-Gesetz! NEIN zu mehr Staat, Steuern und Bevormundung. Das hätte am Anfang des Abstimmungskampfes wohl niemand erwartet.

Immerhin durchlitt unser Land eine nie dagewesene Klimahysterie, die bei den vergangenen Nationalratswahlen in einer grün-sozialistischen Welle mündete. Die Linken und ihre gleichgeschalteten Kartellmedien zeichneten ein manisch-depressives Zukunftsbild. Die Welt gehen bald unter, die Schweiz werde in wenigen Jahren zur unbewohnbaren Wüste. Die Klimagötter seien erzürnt und verlangten noch Opfergaben in Form von CO₂-Steuern. Zudem war die junge Generation in den dauerlügen-den Kartellmedien fast ausschliesslich durch die sogenannte Klimajugend vertreten. Nun breche ein neues, linkes, ökosozialistisches Zeitalter an, hiess es.

Doch die Abstimmung vom 13. Juni hat die Grossmäuler in den linken Redaktionsstuben Lügen gestraft. Die Schweiz bleibt vernünftig, bodenständig und bürgerlich. Keine Altersgruppe hat so rechts, freiheitlich und staatskritisch abgestimmt wie die 18- bis 34-Jährigen. Die «Klimajugend» ist ein Lügenkonstrukt der Kartellmedien. Die rot-grüne Klimapolitik ist als das enttarnt, was sie ist: Ein manisch-depressiver Irrsinn, der mit Lügen, Angst und Schrecken das Volk nach links treiben sollte.

Seit dem historischen 13. Juni 2021 ist es offiziell: Es besteht kein Volksauftrag für eine linke Klimapolitik. Es gibt keine Mehrheit für einen grün-sozialistischen Umbau der Schweiz. Es gibt keine Klimajugend. Die Jugend steht in Wahrheit mehr rechts als der Rest der Schweiz. Der Bundesrat kann das nutzlose Pariser Klimaabkommen, welches den Westen schädigt und China bevorzugt, nicht rechtfertigen. Das einfache Volk hat gegen die abgehobene Elite gewonnen!

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 18)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



die Wahrung dieser zentralen Staatssäulen.

Nach der Abstimmung vom 3. März 2002 über den Uno-Beitritt, der mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen und von 12 von 23 Kantonen gutgeheissen wird, ist die Auns als Volksbewegung für die Unabhängigkeit und Neutralität notwendiger denn je. Denn wir kämpfen als einzige starke, überparteiliche Bewegung für

Unsere Analyse der verlorenen Abstimmung

Bei der ersten Uno-Abstimmung 1986 haben die Wirtschaftsverbände – in der Erkenntnis, dass der Uno-Beitritt keine wirtschaftliche sondern eine politische Frage sei – keine Stellung bezogen. Diesmal hat uns die *economiesuisse* (Dachverband der Wirtschaft) im Stich gelassen. Mehr noch: Die *economiesuisse* hat auf der Seite der Befürworter sogar den Hauptkampf geführt und dafür rund 15 Millionen Franken aufgewendet. *(Es ist aus heutiger Sicht wohl nicht falsch zu sagen: Damit hat der Niedergang des Wirtschaftsverbandes angefangen).* Die **Verfilzung der Wirtschaft mit der Politik**, die auch massgeblich zum *Swissair-Debakel* beitrug, hat bei der Uno-Kampagne eine folgenschwere Rolle gespielt. Gegenüber dieser Übermacht konnten sich die Uno-Gegner mit ihren begrenzten Mitteln nicht durchsetzen. Zudem müssen wir auch selbstkritisch anmerken: Wir haben die zentrale Botschaft, dass sich die neutrale Schweiz nicht den Grossmächten des Sicherheitsrates unterstellen darf, nicht in ausreichendem Mass durchgebracht.

Die Tragik des Ja zur politischen Uno vom 3. März 2002 liegt vor allem darin, dass die Schweiz ein wesentliches Stück ihres Sonderfalles herausgebrochen hat. Auch im Ausland registriert man das sehr genau. So

fragt beispielsweise das renommierte «Wall Street Journal» (Europe) vom 5.3.2002: «Wer wird jetzt die (besondere) Aufgabe der Schweiz übernehmen?»

Wir können nach dem 3. März 2002 nur hoffen, dass die Folgen nicht so gravierend sind, wie seinerzeit beim Völkerbund, als unser Land am Rand eines Krieges stand: Als die Schweiz 1935, nach dem Überfall Italiens auf Abessinien, vom Völkerbund zu Sanktionen gegen Italien verpflichtet wurde, drohte Mussolini, das Tessin zu besetzen. Nur dank dem Umstand, dass der Völkerbund vor dem Zusammenbruch stand, konnte die Schweiz die gefährliche Situation abwenden und 1938 von der «differenziellen» zur integralen (vollständigen) Neutralität zurückkehren.

Behördliche Information statt Propaganda!

Weil der Bundesrat und die Verwaltung im Vorfeld der Uno-Abstimmung mit Millionen von Steuerfranken staatliche Propaganda bis zum Geht-nicht-mehr betrieben haben, reichte ich am 22. März 2002 eine Parlamentarische Initiative mit dem Titel «Behördliche Information statt Propaganda!» ein. Unsere Forderung: Das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) sei durch die folgende Bestimmung zu ergänzen: «Art. 11a, *Behördliche Information im Abstimmungskampf hat sich auf die sachlichen Argumente zu beschränken. Dem Bundesrat und der Bundesverwaltung ist es insbesondere verwehrt, eine eigentliche Abstimmungskampagne zu führen oder eine solche zu unterstützen.*»

Diese Forderung ist mehr als berechtigt. Denn der vom Parlament (gegen die Stimmen der SVP und Gleichgesinnter) bewilligte «Informationskredit Uno» von 1,2 Millionen Franken war nur die Spitze des Eisberges.

GOAL GLOSSAR
Q Populismus

Populismus

(von lat.: *populus*, das Volk) bezeichnet eine um «Nähe zum Volk» bemühte Politik

Kein Mensch steht morgens mit dem Vorhaben auf: Heute schaue ich mir ein Plakat an. Deswegen sind wir gerne populistisch! Denn unser oberstes Ziel ist es, dass unsere Kampagnen von allen Wählerinnen und Wählern ohne Nachdenken verstanden werden.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goyal.ch, www.goyal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

In der Folge hatte der Nationalrat eine weitere Tranche von 800'000 Franken bewilligt, und ein Grossteil der damals 113 Informationsbeauftragten der Bundesverwaltung (!) waren mit der Uno-Propaganda beschäftigt – nicht inbegriffen Sekretariate, Web-Verantwortliche und zahlreiche externe Mandatsträger. Ein

Heer von hunderten von Bundesangestellten, vor allem im EDA, arbeitete in der gleichen Richtung. Zur Propagandawalze aus dem Bundeshaus gehörten zudem zahlreiche mit Steuergeldern finanzierte Publikationen, Broschüren, Zeitungen, Magazine, Dossiers, Fact Sheets, Filmkassetten und dergleichen.

Auch die Parlamentsmehrheit sollte sich – damals und heute – wieder einmal an den Eid erinnern, die alle Mitglieder (heute zum Teil leider nur als «Gelübde») beim Amtsantritt ablegen:

«Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten; die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren, die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes



Andere Köpfe, aber der gleiche Anpassungsdrang ...

und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.»

Damals und heute

2002 ging es darum, die Schweiz insbesondere den folgenden zentralen Artikeln der Uno-Charta zu unterstellen:

- Artikel 41: *Die Schweiz verpflichtet sich zur Teilnahme an Sanktionen und Boykotten gegen Drittstaaten. Diese Massnahmen können die «vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegrafien- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschliessen.»*
- Artikel 43: *Die Schweiz verpflichtet sich, dem Uno-Sicherheitsrat aufgrund von Sonderabkommen «Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts zu gewähren.»*
- Artikel 25: *«Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrates im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen.»*

Und heute drängen die Bundesrats- und Parlamentsmehrheiten allen Ernstes in den Uno-Sicherheitsrat, wo wir letztlich über Krieg und Frieden mitentscheiden müssten!

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 26. Juni 2021

Höhenfeuer: Abbruch EU-Rahmenabkommen

SVP Schweiz: Morschach SZ, 20.00 Uhr

Ansprachen von Marco Chiesa und Christoph Blocher
Trychler und Unterhaltung

SVP Zürich: Schlattgut, Herrliberg (Schlattstrasse 67), 19.30 Uhr
Grussbotschaften Benjamin Fischer (Präs. SVP ZH) und Thomas Matter (NR SVP ZH)

Büchertisch

BESTSELLER



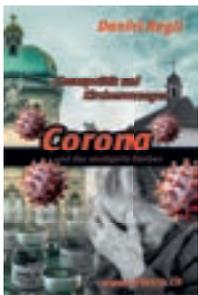
Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch ist der beste Wegweiser in der Debatte um das Verhältnis Schweiz-EU. Machteliten aus Brüssel wollen damit eine zentralistische, der Funktionärsherrschaft unterworfenen Staatsordnung, angelehnt an die EU-Bürokratie, durchsetzen – obwohl die bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kalt-schnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt. An den Folgen der mit Corona begründeten Zentralisierung der Macht bei Bundesberns Bürokratie dürften die Schweizerinnen und Schweizer noch jahrelang zu tragen haben.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 13.50



Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Das Buch beleuchtet, was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» anvisiert: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



Der deutsche Selbstmord

Wie Deutschland in der Corona-Krise für Europa geopfert wird

Markus C. Kerber

Die EU, gelähmt von faktisch bankrotten Südstaaten, beschliesst ein Schuldenmanagement mit Zinsnullung fast allein auf Kosten Deutschlands. Und Corona-Notstands-Milliardenhilfen: Allein auf Kosten Deutschlands.

Einen Green Deal: Billionenprogramm allein auf Kosten Deutschlands. Dafür muss Deutschland nicht nur seine Demokratie opfern, sondern zunehmend auch seine dem Land Wohlstand sichernde Wirtschaft.

Finanzbuch, München 2021, 217 S., geb., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



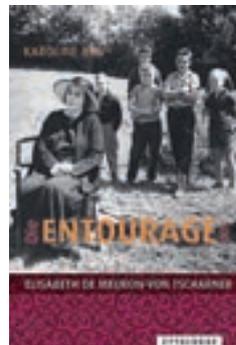
Die Grünen an der Macht

Eine kritische Bilanz

Ansgar Graw

Die Grünen drängen in Deutschland ins Kanzleramt. Ihr Programm zielt auf radikale Umwälzung der Staatsordnung. Unter Vorwand «Klimapolitik» ist ein eigentlicher Steuer-Raubzug geplant. Umfassende Wirtschafts-Regulierung soll Klima-Erfordernisse erfüllen. Die Rechte der Bürger sollen massiv beschnitten werden. Von Öko-Moralismus abgeleitete Öko-Diktatur droht.

Finanzbuch, München 2020, 304 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.20



Die Entourage von Elisabeth de Meuron-von Tschärner

Karoline Arn

Madame de Meuron war zu Bern eine legendäre Figur: Gut betucht, betont eigenständig bis eigensinnig, berühmt durch ihre nie ein Blatt vor den Mund nehmenden Kommentare zu Leistungen anderer Persönlichkeiten und zum Gang der Ereignisse. Ein neues Buch zeigt,

wie Madame de Meurons Umgebung von dieser ausserordentlichen Persönlichkeit beeinflusst, oft auch geprägt wurde.

Zytglogge/Schwabe, Basel 2021, 424 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.40

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Einsiedeln

Thomas Hürlimann erzählt seine Kindheit und Jugend im Kloster

Thomas Hürlimann

Dieses Hörbuch hat soeben den Deutschen Hörbuchpreis 2021 erhalten. Der Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann er-

zählt aus seiner Jugend. Aufgewachsen in der Enge des doktrinären politischen Katholizismus, wie er auch von seinem Vater, Bundesrat Hans Hürlimann, in der Schweiz verankert wurde, durchlief er die Mittelschule im Kloster Einsiedeln.

Anschaulich und spannend, aber auch sehr unterhaltsam berichtet er von seinen Erlebnissen und Streichen. Und von der Prägung, welche die Erziehung im Kloster bewirkte – im Gegensatz zur Weite, welche die gymnasiale Bildung den Klosterschülern vermittelte. Eines der gehaltvollsten und interessantesten Hörbücher überhaupt.

Supposé, Wyk auf Föhr 2020, 2 CDs Hördauer 128 Min., (Richtpreis Fr. 41.50)

Ihr Preis bei «Schweizerzeit» Fr. 37.30

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Vom Verlust der Freiheit

Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise

Raymond Unger

Demokratisch regierte Länder beruhen auf einer Verfassung, die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger festhält und bestimmt, wie bindende Entscheidungen gültig zustande kommen.

Immer mehr Entscheide, die für angeblich «weltumspannende Fragen» (Überschuldung, Migration, Klima, Pandemiebekämpfung usw.) Lösungen zu präsentieren haben, werden in internationalen Gremien ausschliesslich funktionärgesteuert dekretiert – immer an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei und pauschal als «vorrangig» gegenüber nationalem Verfassungsrecht erklärt. Den Bürgern droht Entmachtung, die Demokratie wird von totalitären Ansinnen überrollt: Die Welt auf dem Weg in zentralisierte Funktionärsdiktatur.

us

Raymond Unger: «Vom Verlust der Freiheit – Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise». Europaverlag, München 2021, 520 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 30.50

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- | | | |
|--------------------------|--|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Beat Kappeler – Der Superstaat | à Fr. 30.60 |
| <input type="checkbox"/> | Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben | à Fr. 13.50 |
| <input type="checkbox"/> | Dr. C.E. Nyder – Great Reset | à Fr. 29.25 |
| <input type="checkbox"/> | Markus C. Kerber – Der deutsche Selbstmord | à Fr. 19.70 |
| <input type="checkbox"/> | Ansgar Graw – Die Grünen an der Macht | à Fr. 29.20 |
| <input type="checkbox"/> | Karoline Arn – Die Entourage | à Fr. 32.40 |

Hörbuch

- | | | |
|--------------------------|-------------------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Thomas Hürlimann – Einsiedeln | à Fr. 37.30 |
|--------------------------|-------------------------------|-------------|

Buchzeichen

- | | | |
|--------------------------|--|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Raymond Unger – Vom Verlust der Freiheit | à Fr. 30.50 |
|--------------------------|--|-------------|

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(13/25.06.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 25. Juni 2021

Stammtisch-Live

Toni Brunners Überraschungsgast

Freitag, 2. Juli 2021

Magazin

Referendum Covid-19 II

Aktuelle Diskussion mit Anian Liebrand

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

9. Juli 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFIGHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Regenbogen-Propaganda

Angewidert die Werte-Erosion in Zentraleuropa feststellend, frage ich mich je länger desto mehr, ob ich eigentlich noch der Einzige bin, der diesen ganzen Zirkus nicht mitmacht, standhaft bleibt und sich all dieser Propaganda entgegenstellt. Nein, natürlich bin ich nicht der Einzige – vielmehr weiss ich, dass es da draussen, gerade unter den «Schweizerzeit»-Leserinnen und -Lesern, viele gibt, die in diesen Tagen dasselbe fühlen und denken wie ich.

Stauend sehen wir zum Beispiel, wie unser Land zurzeit mit Regenbogen-Flaggen überzogen wird. Alle wollen sie dazugehören – die Migros, die Fluggesellschaft Swiss, alle möglichen Versicherungen, die Grossbanken und sogar das Brettspiel Uno färben ihre Logos regenbogenfarben – und wollen damit ein Zeichen setzen für «Diversität», Toleranz und weitere Bla-Bla-Floskeln. Nicht mal in den eigenen vier Wänden lassen sie uns in Ruhe. Wer bei Swisscom ist, entdeckt die Regenbogen-Flagge sogar im Fernseher – oben rechts, nicht zu übersehen.

Der Regenbogen, einst ur-christliches Symbol des Friedensbundes Gottes mit den Menschen, wurde gekapert von der «LGBTIQ+»-Szene (die Lobby der Nicht-Heterosexuellen). Er steht heute sinnbildlich für die Forderungen dieser Kreise, wie unsere Gesellschaft umzukrempeln sei: Ehe für alle, Samenspende und Adoption für alle, Geschlechtsumwandlungen jeder Zeit

für alle, Überwindung der natürlichen Geschlechter-Rollen und das Verbot kritischer Meinungen als «Hassrede». Und, über all diesen Forderungen stehend, der absolute Anspruch, dass all ihre Wünsche zu erfüllen seien, wenn man nicht als homophober Rückständiger abgestempelt werden will.

Zurzeit feiern diese Kreise den «Pride Month» und in diesem «Monat des Stolzes» haben gefälligst alle Flagge zu zeigen – für Homo-, Bi- und XY-Sexuelle und ihre politische Agenda. Dass es hier um Politik einer koordiniert operierenden Lobby geht, muss den vielen Schweizer Konzernen, die aus Marketing- und Imagegründen auf den LGBT-Zug aufspringen, bewusst sein. Wer sein Logo regenbogenfarbig macht, positioniert sich politisch und sendet damit die klare Botschaft für ein Ja zur Ehe für alle aus, über die wir am 26. September abstimmen. Und es ist auch kein Zufall, dass der Regenbogen das Propaganda-Symbol der Ehe für alle-Abstimmungskampagne ist.

Mit Befremden musste ich jetzt sogar feststellen, dass es eine Gruppe «SVP – Ja zur Ehe für alle» gibt, die das SVP-Logo mit dem Regenbogen eingefärbt hat. Die Mitglieder sind öffentlich einsehbar. Meine Frage an Sie, liebe Leserinnen und Leser: Welche Schlüsse ziehen wir daraus?

Anian Liebrand